

Facetten eines Problems (2)

Von E. Noldus.

Unter dem 9. 11. 2018 haben wir mit „Facetten eines Problems“ (1)“ aufgezeigt, daß die Warnung vor einer Einwanderung in die Sozialsysteme aus einer politisch unverdächtigen Richtung kommt. In den besonders betroffenen Kommunen, hier im Ruhrgebiet meistens von SPD-Oberbürgermeistern geführt, hat man das Problem, nicht zuletzt wegen großer Stimmenverluste bei verschiedenen Wahlen offensiv angesprochen. In diesem Zusammenhang ist oftmals vom Kindergeldbezug für im Ausland lebende Kinder die Rede. Dieser Aspekt eignet sich gut für medial wirksame Geschichten, doch verliert man darüber die tiefer liegenden Gründe aus den Augen. Wir schauen deshalb genauer hin.

Ein Beispiel für die medienwirksame Behandlung des Themas bietet der WAZ-Artikel „Ein Quartier verfällt“ vom 8. 9. 2018. Im Untertitel heißt es, im Stadtteil Duisburg-Hochfeld seien innerhalb kurzer Zeit 5000 Bulgaren und Rumänen zugezogen; nun ballten sich dort die Probleme. Diese – und Versuche zu deren Lösung – werden dann in einem fast ganzseitigen Artikel plastisch beschrieben.

Eine gewisse Berühmtheit hat Duisburg-Marxloh inzwischen erhalten; dieser Stadtteil steht deutschlandweit symbolhaft für die Folgen der Masseneinwanderung nach Deutschland – egal ob man sie positiv oder negativ sehen möchte. Die „Frankfurter Rundschau“ präsentierte am 10. 8. 2018 in ihrer Online-Ausgabe „Ein Besuch in Duisburg-Marxloh: Sozialbetrug und Müll – Ärger in Quartieren wächst“. Für diese Tonlage wäre man noch vor drei oder vier Jahren medial gekreuzigt worden; inzwischen setzt sich auch bei den unverdächtigen Leitmedien langsam die Erkenntnis durch, daß man auf die Dauer die Augen vor der Lebenswirklichkeit nicht verschließen kann. Der Autorin – Bettina Grönwald – unterläuft eine Freudsche Fehlleistung: Für sie ist Romani Rose der Vorsitzende des Zentralrates der Juden!

Beiden Artikel ist gemeinsam, daß sie nur an der Oberfläche des Problems kratzen. Vielleicht darf man aber auch nicht zuviel verlangen, denn die Beschreibung der Verhältnisse steht absichtlich im Vordergrund, aber das Thema vertiefende Artikel sucht man später vergebens, selbst wenn man gute Stichpunkte geliefert bekommt (siehe die Äußerungen von Duisburgs Oberbürgermeister Link in unserer ersten Folge).

Hinweis: Auf truth24.net ist mit Datum vom 20. 8. 2018 unter „Sozialbetrug – Kindergelddebatte – Duisburgs OB Sören Link legt nach“ unter Berufung auf Link vermerkt, in Duisburg lebten aktuell 3636 erwerbsfähige Leistungsberechtigte aus Rumänien und Bulgarien, von denen 1448 „in Arbeit“ seien. Die Statistik sei als Reaktion auf einen Sturm der Entrüstung, ausgelöst durch einen Artikel im Wochenmagazin der „Frankfurter Allgemeinen“, erstellt worden.

Bei einer Klientel, der der erste Arbeitsmarkt hauptsächlich wegen fehlender Qualifikationen weitgehend verschlossen bleibt, spielen Sozialleistungen naturgemäß eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang versuchen die Städte, gezielter gegen jede Form von Sozialbetrug vorzugehen. In Duisburg wurden beispielsweise Autos der Luxusategorie vor Jobcentern überprüft. In sechs von sieben Fällen schaltete sich daraufhin die Staatsanwaltschaft ein, weil der Anfangsverdacht für Sozialbetrug gegeben war (WAZ 20. 9. 2018).

Diese PR-wirksamen Aktionen werden sicherlich auch wegen ihrer Öffentlichkeitswirkung unter-
nommen, illustrieren aber nur die äußeren Umstände des Problems. Wichtiger noch ist das Thema
„Kindergeld“, weil es hier um eine Angelegenheit geht, die jeder kennt; denn schließlich erhält na-
hezu jeder Kindergeld oder hat es einmal erhalten.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (online) vom 10. 8. 2018 bietet ein gutes Beispiel für den poli-
tisch korrekten Umgang: „Wenn EU-Ausländer in Deutschland arbeiten, erhalten sie Kindergeld.
Sie zahlen aber auch in das deutsche Sozialsystem ein. Nun ist von Betrug die Rede. Ein Überblick
über die Zahlen und Fakten zur Debatte.“

Die Kennzahlen Ende Juni 2018: Von 15,29 Millionen Kindern im Kindergeldbezug besitzen 12,27
Mio. die deutsche Staatsbürgerschaft. 268336 Kinder beziehen Kindergeld im EU-Ausland, darun-
ter auch 31512 mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dann folgen Zahlenangaben zu den Beziehern
mit Auslandsbezug, zur Leistungshöhe und die Angabe, seit Ende 2017 sei die Zahl der Bezieher im
Ausland um 10,4 Prozent gestiegen. Vor fünf Jahren habe es erst 2,1 Mio. ausländische Bezieher ge-
geben. Die Gründe laut FAZ:

„Das hängt vor allem mit der europäischen Freizügigkeit zusammen. Auch werden immer mehr
Fach- und Pflegekräfte aus anderen Ländern gebraucht. Und auch der Brexit, also der geplante EU-
Austritt Großbritanniens, führt zu einer Verlagerung von Arbeitskräften Richtung Deutschland. Die
Menschen zahlen dann hier Sozialbeiträge. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
aus Osteuropa ist von 2015 bis 2017 um 295.000 auf knapp 1,2 Millionen gestiegen.

*Zwischenfrage: Diese Zahlen sagen in bezug auf den möglichen oder tatsächlichen Leistungs-
missbrauch nichts aus. Wie der Brexit – ist er schon vollzogen? – zu einer Verlagerung von Arbeitsplät-
zen nach Deutschland führt, die dann von Osteuropäern – andere kommen nicht? – in den Jahren
2015 bis 2017 eingenommen werden, bleibt ein Geheimnis.*

Die Aufregung um Rumänen und Bulgaren sei durch Duisburgs Oberbürgermeister Link entfacht
worden, der eine verstärkte Migration wegen des Kindergeldes ausgemacht habe; es folgen dann ei-
nige Angaben zu Duisburg.

Interessant ist die Feststellung im Mittelteil: „Die Familienkasse betont, es gebe keinen flächende-
ckenden Betrug. Stichproben ergaben einzelne Missbrauchsfälle vor allem in Nordrhein-Westfalen.
Beim Kindergeld für Personen, die aus dem Ausland kommen, um hier zu arbeiten, deren Kinder
aber in der Heimat geblieben sind, „findet so gut wie kein Missbrauch statt“.

Weiter unten wird die Antwort der Bundesregierung im März auf eine Anfrage der AfD zu Zahlen
des Mißbrauches beim Kindergeld zitiert: „Die gewünschten Zahlen können nicht genannt werden,
da eine Statistik über Missbrauchsfälle beim Kindergeld nicht existiert.“

*Zwischenfrage: Wie kann man sich innerhalb einer kurzen Passage diametral widersprechen? Ist
das Qualitätsjournalismus der „vierten Gewalt“ im Staate?*

In diesem Sinne sind auch Kurzmeldungen wie diejenige in der WAZ vom 27. 10. 2018 verständ-
lich: Die Zahl der Kindergeldempfänger im EU-Ausland seien von 268336 Ende Juni auf 266196
im September leicht gesunken; also doch Entwarnung?

Das Thema ist bereits frühzeitig durch die AfD-Fraktion im NRW-Landtag aufgegriffen worden. So heißt es in der Kleinen Anfrage 427 des AfD-Abgeordneten im NRW-Landtag Andreas Keith vom 16. 10. 2017 einleitend:

„Nach BT Drs.18/12322 ‚liegen der Bundesregierung aus Stichproben und Überprüfungen Erkenntnisse über die missbräuchliche Beantragung von Kindergeld vor‘. Erkennbar sei ein Anstieg von Leistungsmissbrauch in einer organisierten Form. Nach einem der Bundesregierung vorliegendem Bericht fallen diese Betrugsfälle in den Kommunen dadurch auf, dass die Anzahl eingeschulter Kinder niedriger ist, als die Zahl der gemeldeten Kinder.“

Der Abgeordnete stellte anschließend drei Fragen:

1. Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über einen Leistungsmissbrauch beim Kindergeld in NRW?
2. Welche Kenntnisse liegen über die Diskrepanz zwischen der Anzahl eingeschulter und gemeldeter Kinder vor?
3. Wie viele Ausländer (EU-, Nicht-EU-, Drittstaaten-Angehörige) beziehen derzeit Kindergeld?

Die Antwort der Landesregierung in der Drucksache 17/953 lautete zu den Fragen 1 und 2 zusammenfassend:

„Die Gewährung von Kindergeld ist Bundesangelegenheit. Der Landesregierung liegen dementsprechend keine gesicherten Erkenntnisse über den Vollzug des Kindergeldes bzw. eine missbräuchliche Inanspruchnahme vor. Es gibt Hinweise aus einzelnen Kommunen über generelle Problemlagen bei der Inanspruchnahme von Leistungen, denen bereits seit längerer Zeit durch die zuständigen Behörden nachgegangen wird.“

Die restlichen 17 (von 20) Seiten betreffen die Frage 3, wo die Zahlen (s. o.) nach Landkreisen und kreisfreien Städten getrennt für die Jahre 2012 bis 2017 aufgelistet werden sollten. Die erbetenen Datensätze seien nicht vergleichbar, weil die Erhebungsgrundlagen der Jahre 2012 und 2013 von denen der Jahre 2014 und 2015 abwichen. Für 2016 und 2017 lägen keine Zahlen vor.

Man sieht aus den Antworten, daß sie keinerlei verwertbare Informationen enthalten, die das Problem des tatsächlichen oder vermeintlichen Kindergeld-Betruges einkreisen könnten. Aus diesem Grunde haben die AfD-Landtagsabgeordneten Helmut Seifen und Iris Dworeck-Danielowski in der Kleinen Anfrage 1173 vom 20. 6. 2018 nochmals nachgefragt. Die Fragen bezogen sich allein auf Duisburg, weil aus der bereits genannten Anfrage des Abgeordneten Keith ersichtlich war, daß auf NRW-Ebene keine relevanten Informationen zu erwarten waren. Wir entnehmen die Antwort darauf der Drucksache 17/2897 mitsamt einem kurzen Auszug aus der Vorbemerkung der Landesregierung:

„Mit Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die zum 01.01.2014 auch EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Bulgarien und Rumänien den Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt erlaubt, ist auch in Nordrhein-Westfalen eine steigende Zuwanderung v.a. von Menschen mit sozial schwachem Hintergrund aus diesen Ländern zu beobachten.“

Die Ankömmlinge lassen sich vor allem in Quartieren nieder, in denen der Wohnungsbestand häufig renovierungsbedürftig und die Mieten geringer sind. Vor diesem Hintergrund hat die vormalige Landesregierung besonders betroffene Kommunen und weitere Akteure zu einem Austausch eingeladen, den die Landesregierung intensiviert...

Anmerkung: Es ist bemerkenswert, wie die Landesregierung hier in kurzgefaßter Form die Einwanderung in die Sozialsysteme als Folge der EU-Osterweiterung behandelt. Sobald das Thema von der AfD aufgegriffen wird, ist regelmäßig von „Polarisierung“ oder „Hetze“ die Rede.

1. Liegen Erkenntnisse über auffällig hohe Abmeldungen von einwohneramtlich gemeldeten Kindern zum Einschulungstermin in Duisburger Grundschulen vor?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über auffällig hohe Abmeldungen von einwohnermeldeamtlich gemeldeten Kindern zum Einschulungstermin in Duisburger Grundschulen vor.

2. Wie viele Kinder haben sich im Zeitraum von 2014-2017 in Duisburg für einen Schulplatz registrieren lassen und sind bereits in Klasse 1 wieder abgemeldet worden?

Die nachgefragten Daten werden vom Ministerium für Schule und Bildung nicht erhoben und liegen daher nicht vor. In der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit konnten die erforderlichen Daten nicht mit einem zumutbaren Aufwand ermittelt werden.

3. Wie viele Fälle von gefälschten bzw. unrechtmäßig erhaltenen Schulbescheinigungen sind der Landesregierung in den Jahren 2014-2017 bekannt geworden?

Im genannten Zeitraum sind dem fachlich zuständigen Ministerium keine Fälle bekannt geworden.

4. Welche Vorschriften verpflichten Schulen beim Verdacht von Kindergeldbetrug aufgefallene Schüler, die nach ihrer offiziellen Anmeldung niemals zum Unterricht erschienen sind, bei den Sozial- und Familienkassen zu melden?

Hinweis: Die Frage nach den „Vorschriften“ erlaubt eine ausufernde Antwort, die wir hier nicht wiedergeben, weil das Dokument als Anlage beigefügt ist.

5. Liegen Stichproben der Angaben von Kindergeldbeziehern aus Duisburg vor? (Bitte benennen Sie die Anzahl der Überprüften und die geschätzte Schadenssumme der Stichproben).

Hinweis: In der Anfrage war eine Zeitungsmeldung erwähnt worden, welche in einem anderen Fall Stichproben betraf; siehe dazu die Anlage.

Die Gewährung von Kindergeld ist Bundesangelegenheit. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass Zahlen zu Missbrauchsfällen beim Bezug von Kindergeld nicht genannt werden können, da eine Statistik über Missbrauchsfälle beim Kindergeld nicht existiere. Erhoben werde lediglich die Zahl sämtlicher Zuleitungen an die Bußgeld- und Strafsachenstellen. Aus dieser Zahl könnten jedoch keine Rückschlüsse auf die Zahl der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten oder die Erledigungsart gezogen werden, da auch Fälle enthalten sind, in denen sich ein Verdacht nicht bestätigt hat (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine An-

frage der Fraktion der AfD „Zahlung von Kindergeld an ausländische Kindergeldberechtigte“ – Drucksache 19/1003 vom 20.03.2018).

Der Landesregierung liegen dazu dementsprechend keine gesicherten Erkenntnisse über den Vollzug des Kindergeldes bzw. eine missbräuchliche Inanspruchnahme vor. (vgl. auch Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 427 „Leistungsmissbrauch beim Kindergeld“ LT-Drucksache 17/1305).“

Vordergründig sind diese beiden Anfragen also erfolglos geblieben, weil sie in der Sache keinerlei neue Erkenntnisse gebracht haben. Es ist immerhin erkennbar, daß der Staat Millionenbeträge an Kindergeld bewilligt hat, ohne auch nur im geringsten Kontrollen in bezug auf deren Rechtmäßigkeit durchzuführen. Das Problem ist nicht gesehen worden bzw. wollte nicht gesehen werden.

Trotzdem war die parlamentarische Arbeit der AfD erfolgreich; sie konnte erst durch den Gang an die Urnen und die Wahlentscheidungen zugunsten der AfD im Jahre 2017 die Voraussetzungen erfüllen. Ohne die AfD in Bund und Land würden die Dinge in gewohnter Weise fortlaufen; aber so...

In der WAZ erschien am 9. November „Kindergeld-Betrug – der Staat greift durch“. Die Klagen aus den Kommunen hatten offenbar Finanzminister Olaf Scholz erreicht. Er will den Zoll zusätzlich mit der Aufklärung von Betrugsfällen beim Kindergeld befassen. Prompt gibt es auch jene Stichproben, die man vorher nicht hatte, wie aus den genannten Kleinen Anfragen zu ersehen ist. Erwähnt werden:

- Mannheim: Mehrfamilienhaus mit hauptsächlich osteuropäischen Bewohnern: 30 Fälle von Fälschungen bei 100 geprüften Dokumenten.
- Wuppertal und Düsseldorf: 100 Verdachtsfälle, 40 ungerechtfertigte Anträge. Schadenssumme laut zuständiger Familienkasse: 400.000 Euro.

Nicht genannte Experten schätzen zwar, daß in der Gesamtheit des Auslandsbezuges von Kindergeld die Mißbrauchsquote geringer ist, doch der Finanzminister will gleichwohl schärfere Kontrollen gegen Mindestlohn- und Sozialleistungsbetrug durchsetzen: „Unsere Gesellschaft wird auch von Moral zusammengehalten, dass sich alle an die Regeln halten“ (8. 11. 2018 in Berlin).

Diese Erkenntnisse, daß zum Zusammenhalt einer Gesellschaft die Erfahrung gehört, daß sich alle an die Regeln halten müssen, ist offenbar neu für den Finanzminister. Die Wahlen im Jahre 2019 werden zeigen, wie der Wähler die Ernsthaftigkeit dieser Worte und die Taten – nicht deren Ankündigungen – bewerten wird.

Die AfD ist der Pfahl im Fleische – sie bringt die Themen auf den Tisch und zwingt die Regierenden zum Handeln. Was kann man mehr von der Opposition erwarten?

(Wird fortgesetzt.)

Anlage 1: Drucksache 17/953.

Anlage 2: Drucksache 17/2897.